



**Kleine Anfrage der Fraktion Alternative – die Grünen (ALG)
betreffend fragwürdiges Standortmarketing der Volkswirtschaftsdirektion**

Antwort des Regierungsrats
vom 7. Juli 2015

Am 24. Juni 2015 reichte Stefan Gisler im Namen der Fraktion Alternative – die Grünen (ALG) eine Kleine Anfrage betreffend «fragwürdiges Standortmarketing der Volkswirtschaftsdirektion» ein.

Der Regierungsrat nimmt zur Kleinen Anfrage wie folgt Stellung:

Allgemeine Ausführungen

Die Botschaft der von der ALG bemängelten Seite im Internetauftritt zum Wirtschaftsstandort Zug der Kontaktstelle Wirtschaft ist, dass im Kanton Zug seit Jahrzehnten politisch sehr stabile Verhältnisse herrschen. Dass die Wählenden mehrheitlich bürgerlich bzw. «konservativ» (für Lesende aus dem Ausland gedacht) wählen und entsprechend der Regierungsrat so zusammengesetzt ist, ist eine Tatsache. Diese konstante Zusammensetzung sorgt nach Ansicht des Regierungsrats für politische Stabilität im Rahmen der Konkordanz. Daraus den Umkehrschluss zu ziehen, wie es die ALG tut, bei nicht-konservativen Politikerinnen und Politikern auf eine Instabilität zu schliessen, ist eine Interpretation, die aus Sicht des Regierungsrats objektiv betrachtet nicht gemacht werden kann. Jedenfalls ist sie nicht gewollt. Seit Jahren hat diese Präsentation bisher noch nie zu Fragen oder Zweifeln Anlass gegeben. Entscheidend sind auch die bei Ansiedlungsgesprächen gemachten mündlichen Erläuterungen zur Präsentation, wonach die Zuger Stabilität auch dank Pluralismus gegeben ist.

1. *Teilt die Zuger Regierung die Haltung der Volkswirtschaftsdirektion, dass nicht-konservative (moderne, liberale, sozialdemokratische, grüne oder linke) Bürgerinnen und Bürger sowie Parteien, die diese vertreten, den Kanton politisch und finanziell destabilisieren?*

Dies ist weder die Haltung der Volkswirtschaftsdirektion noch des Regierungsrates. Die Interpretation der ALG ist unserer Meinung nach nicht statthaft und darf nicht aus dem Text herausgelesen werden. Es geht einzig darum, dass über Jahrzehnte stabile politische Verhältnisse auch dank der Konkordanz für die gewachsenen Standortfaktoren bürgen. Dies ist für ausländische Investoren eine sehr wichtige Botschaft, da dort oftmals die regierende Mehrheit wechselt und damit oft wichtige Standortfaktoren geändert werden. Stabilität gepaart mit Verlässlichkeit ist ein Grundpfeiler für Investitionen und wirtschaftliche Aktivitäten. Diese Ur-Eigenschaft der Schweiz hat in den letzten Jahren in den Augen der ausländischen Mitbewerber-Standorte gelitten, worauf sie auch aktiv hinweisen. Umso wichtiger ist eine klare Positionierung unseres Wirtschaftsstandorts nach aussen.

2. *Erachtet die Regierung den Einbezug von politischen Minderheiten – eben diesen 25 Prozent «Nicht-Konservativen» – wichtig für eine lebendige Demokratie und breit abgestützte demokratische Prozesse?*

Die Schweiz und auch unser Kanton leben von der Partizipation möglichst vieler Akteurinnen und Akteure am politischen Prozess und an der Meinungsbildung. Entsprechend begrüsst der Regierungsrat, dass sich jeweils viele Parteien mit Kandidierenden an den Wahlen beteiligen. Es obliegt den Parteien bzw. den eine Wahlliste unterstützenden Gruppierungen dafür zu sor-

gen, dass Personen verschiedener Herkunft, Geschlechts, politischer Richtung, beruflichen und persönlichen Profils sich zur Wahl stellen, um somit den Wählenden eine vielfältige Auswahl zu bieten.

3. *Ist es nicht eine unzulässige Vereinfachung, z.B. alle 4 bürgerlichen Parteien Zugs, unter anderem die «FDP – die Liberalen» pauschal als «konservativ» zu bezeichnen? Hält es die Regierung für richtig, wählende Bürgerinnen und Bürger politisch zu Schubladisieren; gerade angesichts der Tatsache, dass bei Abstimmungen differenziert entschieden und nicht immer den Parolen der vom Volkswirtschaftsdirektor als «konservativ» bezeichneten Parteien gefolgt wird (z.B. Stadttunnel, Pukelsheim, etc.)?*

Aussagen und Botschaften aus zusammenfassenden Folien sind immer verkürzend und vereinfachend. Wie schon erwähnt ist der ausländische Adressatenkreis zu beachten, welcher sich für einen ersten «Augenschein» im Kanton nicht dafür interessiert, wie genau die bürgerliche Mehrheit zusammengesetzt ist. Das «konservativ» ist im inländischen Sprachgebrauch als «bürgerlich» zu verstehen. Im Ausland, vor allem im anderssprachigen Raum, versteht man «bürgerlich» aber nicht, weshalb die Bezeichnung «konservativ» gewählt worden ist. Eine innenpolitische Ausdifferenzierung ist damit nicht gemacht – und es darf auch keine entsprechende «Schubladisierung» herausgelesen werden.

4. *Die Volkswirtschaftsdirektion schreibt die «finanzielle Stabilität» den konservativen Parteien zu. Dennoch sieht sich der Kanton Zug einem strukturellen Defizit sowie einschneidenden Massnahmen zur finanziellen Sanierung des Staatshaushalts gegenüber. Diese Entwicklung fand trotz angeblich «stabilisierenden konservativen politischen Kräften» statt. Wie erklärt dann die Regierung, dass das aktuelle strukturelle Defizit durchwegs in einer Phase der Politik mit 75 Prozent konservativen Wählenden und 6 «konservativen Ministern» fiel? Oder setzt die VD finanzielle Stabilität mit der Steuersenkungspolitik gleich?*

Nicht nur das aktuelle strukturelle Defizit, sondern auch in der Vergangenheit viele Jahre mit – zum Teil grossen – Ertragsüberschüssen fallen in die Zeit der bürgerlichen Mehrheit. Zentral ist ja, dass die heutige Regierung nach den ersten Anzeichen eines strukturellen Defizits gehandelt und ein Entlastungspaket in die Wege geleitet hat; eben gerade, um die finanzielle Stabilität zu erhalten.

5. *Wurde diese öffentliche Kommunikation in der Regierung abgesegnet und ist die Regierung bereit, künftig gegenüber Zuzugswilligen aus dem In- und Ausland die Vorteile einer pluralen Demokratie als stabilisierender Faktor darzustellen, in welcher jede Stimme gehört wird?*

Mit Ausnahme der Kommunikation der direkt vom Regierungsrat gefällten Entscheide (z.B. Strategie) ist die Gestaltung des Internetauftritts – wie generell die Kommunikationsarbeit – dezentral geregelt. Jedes Amt bzw. jede Direktion ist dafür verantwortlich. Entsprechend war diese Präsentation auch nicht Gegenstand eines Regierungsgeschäfts. In Ansiedlungsgesprächen ist das politische System regelmässig ein nachgefragtes Thema. Dort wird auf das pluralistische und stabile politische System des Kantons hingewiesen.

Regierungsratsbeschluss vom 7. Juli 2015